

P R e s s e

S P i E g e l

Polen - Pressespiegel 33/2025 vom 14.08.2025

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- *Prof. Krzysztof Ruchniewicz verliert seinen Posten. Zuvor warfen ihm Abgeordnete der PiS diplomatischen Verrat vor*
- *Eine so konfrontative Rede zur Amtseinführung hat es noch nie gegeben*
- *Sehr geehrte Damen und Herren, die Scherze sind vorbei. Ansprache von Karol Nawrocki*
- *Tusk schweißt Kaczyński und Nawrocki zusammen*
- *Duda und Nawrocki sprachen gemeinsam über „deutschen Antipolonismus“*
- *Was heißt es, zur Armee zu gehen?*

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

Prof. Krzysztof Ruchniewicz verliert seinen Posten. Zuvor warfen ihm Abgeordnete der PiS diplomatischen Verrat vor



Quelle: wyborcza.pl

Von **Wojciech Podgórski**

Wie das Außenministerium mitteilte, wurde das Amt von Professor Krzysztof Ruchniewicz aufgehoben. Zuvor hatte die „Rzeczpospolita“ berichtet, dass der Direktor des Pilecki-Instituts ein Seminar über die Rückgabe von Kulturgütern an Deutschland veranstalten wollte.

„Mit Wirkung vom 5. August 2025 wurde das Amt des Bevollmächtigten des Auswärtigen Amtes für die deutsch-polnische Zusammenarbeit im Sozial- und Grenzbereich, das von Professor Krzysztof Ruchniewicz ausgeübt wurde, abgeschafft“, teilte das Außenministerium auf dem Portal X mit.

Prof. Krzysztof Ruchniewicz ist seit mehr als einem Jahr Bevollmächtigter des Außenministeriums für die deutsch-polnische Zusammenarbeit und seit November 2024 Direktor des Pilecki-Instituts. Es handelt sich dabei um eine Einrichtung, die sich unter anderem mit wissenschaftlicher Forschung beschäftigt.

Wie die „Rzeczpospolita“ am Dienstagmorgen berichtete, bestand eine der Ideen von Ruchniewicz darin, ein Forschungsseminar über die mögliche Rückgabe von Kulturgütern durch Polen u. a. an Deutschland zu organisieren.

„Ende Juli hat die Leiterin der Berliner Niederlassung des Pilecki-Instituts, Hanna Radziejowska, einen Brief an die neue Kulturministerin Marta Cienkowska und an den Geschäftsträger der Botschaft in Berlin, Jan Tombiński, geschickt, in dem sie auf mehrere Probleme hinweist. Vor allem, dass Direktorin Ruchniewicz die Vorbereitung einer Reihe von Seminaren erwartet und unter anderem die Organisation eines Seminars über die Rückgabe von Kulturgütern durch Polen an Deutschland, die Ukraine, Weißrussland und Litauen

sowie von Privateigentum von Personen jüdischer Abstammung vorgeschlagen hat“, lesen wir in dem Artikel.

„Rzeczpospolita“ betont, dass „dies der Politik der polnischen Regierung widerspricht und sogar der neuen Regierung in Berlin zugute kommt, deren Kulturministerin ihren Amtskollegen in Polen den Wunsch signalisiert haben soll, zum Beispiel die so genannte Berlinka, eine Sammlung historischer Archivalien der ehemaligen Preußischen Staatsbibliothek, die jetzt in der Jagiellonen-Bibliothek untergebracht ist, zurückzuholen“.

Pilecki-Institut: Wir diskutieren nicht über die Rückgabe von Kulturgütern durch Polen

Das Kulturministerium veröffentlichte ein Positionspapier zu diesem Thema, in dem betont wird, dass „das Thema Berlinka nie auf Ministerebene oder in Ministergesprächen diskutiert wurde“.

„Die Verbreitung dieser Art von Falschinformationen schadet den Interessen des polnischen Staates und den langjährigen Restitutionsaktivitäten. Das Pilecki-Institut führt keine Diskussionen über die Rückgabe von Kulturgütern und hat dies auch nie getan - dies liegt nicht in der Zuständigkeit des Instituts. Seminare, die im September zum Thema Provenienzforschung stattfinden sollen, werden genutzt, um ein unwahres Narrativ über das Vorgehen der polnischen Regierung zu verbreiten“, so der Eintrag des Ministeriums.

Sie fügte hinzu, dass „die Umwandlung des Pilecki-Instituts in ein Forschungsinstitut (im Einklang mit dem Gesetz), einschließlich der Änderungen in der Personalstruktur, die in den Zweigstellen stattfinden - die Einstellung qualifizierter Forscher - zur Verbreitung von Desinformationen in den Medien genutzt wird“.

Die Sprecherin des Pilecki-Instituts, Luiza Jurgiel-Żyła, schrieb in einer Erklärung, die der PAP übermittelt wurde: „Das Pilecki-Institut organisiert zusammen mit dem Ministerium für Kultur und Nationales Erbe eine Reihe von internationalen Seminaren, die sich mit der Provenienzforschung von polnischen Kulturgütern befassen, die während des Zweiten Weltkriegs beschlagnahmt wurden. Entgegen den unwahren Behauptungen von Hanna Radziejowska, einer Mitarbeiterin des Pilecki-Instituts und Leiterin der Berliner Niederlassung, hat das Institut niemals geplant, Treffen zu organisieren, die zur Übergabe von in Polen befindlichen Kulturgütern an juristische oder natürliche Personen führen.“

Sie erinnerte daran, dass das IP eine Forschungseinheit ist, die verschiedene Phänomene der Funktionsweise totalitärer Regierungen des 20. Jahrhunderts untersucht, insbesondere die Nazi Herrschaft und die Sowjetunion. „Dazu gehören auch die Versuche, Kulturen zu zerstören und die Geschichte zu vertuschen. In diesem Rahmen werden auch die Ursprünge von Kulturgütern erforscht, die sich an verschiedenen Orten in Europa befinden“, fügte sie hinzu.

Sie teilte mit, dass „das oben genannte Problem in wissenschaftlichen Fachseminaren behandelt werden soll, die in Warschau in Zusammenarbeit mit der Berliner Niederlassung des Instituts organisiert werden“.

Sie fügte hinzu, dass „der von der ‚Rzeczpospolita‘ zitierte Text, der als ‚Brief eines Wissenschaftlers, der sich mit geraubtem Eigentum befasst‘ bezeichnet wird, zahlreiche Verleumdungen enthält und die Wahrheit falsch wiedergibt“.

„Das Pilecki-Institut weist alle irreführenden Behauptungen zurück, dass es Aktivitäten durchführt, die mit der Politik und der Staatsraison Polens unvereinbar sind, insbesondere, dass Gespräche über die Rückgabe von Kulturgütern durch Polen unter seiner Schirmherrschaft geführt werden“, betonte die Sprecherin.

Sie schrieb: „Das Pilecki-Institut stellt fest, dass der Versuch der ‚Rzeczpospolita‘, die Autorität der Einrichtung und ihres Direktors zu verunglimpfen, in einer Weise erfolgt, die gegen grundlegende Standards journalistischer Arbeit verstößt“.

Die PiS-Politiker beschuldigen den Leiter des Pilecki-Instituts des diplomatischen Verrats und werden die Staatsanwaltschaft informieren

Nach der Veröffentlichung der Rzeczpospolita wurde die Entlassung von Ruchniewicz von PiS-Politikern gefordert. „Ich fordere den Kulturminister, Premierminister Donald Tusk, auf, Krzysztof Ruchniewicz unverzüglich vom Posten des Direktors des Pilecki-Instituts zu entlassen“, sagte der ehemalige stellvertretende Premierminister und Leiter des Ministeriums für Kultur und Nationales Erbe, Piotr Gliński, auf einer Pressekonferenz im Sejm.

„Herr Ruchniewicz, der ein Beamter von Donald Tusks Gnaden ist, hat eine Handlung zum Nachteil der Republik Polen begangen (...). Wahrscheinlich im Laufe dieser Woche wird ein Bericht eingereicht, dass

Herr Ruchniewicz ein Verbrechen begangen hat, dass er ein Verbrechen nach Artikel 129 des Strafgesetzbuches begangen hat. Wir werden Strafverfolgung und Bestrafung fordern“, kündigte der Abgeordnete und ehemalige stellvertretende Leiter des Außenministeriums Paweł Jabłoński an. Dieser Artikel des Strafgesetzbuches behandelt den „diplomatischen Hochverrat“ und besagt, dass „wer, obwohl er befugt ist, im Namen der Republik Polen in den Beziehungen zur Regierung eines ausländischen Staates oder einer ausländischen Organisation zu handeln, zum Nachteil der Republik Polen handelt, mit einer Freiheitsstrafe von einem bis zu zehn Jahren bestraft wird“.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7.75398.32156335.prof-krzysztof-ruchniewicz-traci-stanowisko-wczesniej-poslowie.html#s=S.TD-K.C-B.8-L.1.duzy>



www.mleczko.pl

*Zahlt meine Versicherung, wenn ich bei einer Wanderung
in den Bergen von einem Bären angegriffen werde
und infolge dessen über einem Abgrund hängen bleibe?*

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:

<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

Eine so konfrontative Rede zur Amtseinführung hat es noch nie gegeben



Quelle: wyborcza.pl

Interview mit dem Historiker **Prof. Tomasz Nałęcz**

Agnieszka Kublik: Herr Professor, das wird die schwierigste Zusammenarbeit eines Präsidenten mit der Regierung in der Geschichte der Dritten Republik sein. Präsident Karol Nawrocki griff unmittelbar nach seiner Vereidigung die Regierung von Donald Tusk an. Er sagte, „so könne man nicht weiter regieren“, dass „Polen heute nicht auf dem Weg der Rechtsstaatlichkeit“ sei, dass wir einen illegalen Generalstaatsanwalt hätten, und dass Artikel 7 der Verfassung, der besagt, dass „Organe der öffentlichen Gewalt auf der Grundlage und in den Grenzen des Gesetzes handeln“, „regelmäßig gebrochen“ werde. Zuvor hatte er bereits wiederholt, dass das Kabinett Tusk die schlechteste Regierung der Dritten Republik sei.

Prof. Tomasz Nałęcz: Ich teile diese Ansicht. Ich erinnere mich an alle Reden der Präsidenten, beginnend mit Lech Wałęsa im Dezember 1990. Eine so konfrontative Rede hat es noch nie gegeben. Wir haben es hier mit etwas Unerhörtem zu tun, der Präsident kündigte an, eine völlig andere verfassungsmäßige Ordnung anzuerkennen als die Regierungsseite. Denn für den Präsidenten ist die verfassungsmäßige Ordnung jene durch die PiS demolierte Rechtsordnung, die entstanden ist, nachdem zunächst das Verfassungsgericht zerstört und anschließend verfassungswidrige Änderungen der Staatsordnung per Gesetz eingeführt wurden.

Das heißt, das, was die PiS unter Bruch der Verfassung getan hat, gilt für Nawrocki als verfassungsmäßige Ordnung.

Für die Regierung, für die Mehrheit der polnischen Richter und Juristen sowie für die Wähler der demokratischen Seite ist die verfassungsmäßige Ordnung jener Zustand, der in der Verfassung festgeschrieben ist, der, der in Polen bis 2015 galt, bevor die PiS ihn demolierte.

Wir haben es also zum ersten Mal in Polen mit einer Situation zu tun, in der der Präsident, wenn er „Verfassung“ sagt, an eine zerstörte Rechtsordnung denkt, eine andere, als die, an die die Regierung denkt, wenn sie „Verfassung“ sagt. Und das wird sich auch auf unsere Gesellschaft übertragen. Jeder Präsident ist am Tag seiner Vereidigung durch ein frisches Mandat gestärkt, aber meiner Meinung zeigt sich Präsident Nawrocki in zu gutem Befinden. Gewiss, für den Präsidenten stimmte eine Rekordzahl von Polen in der Geschichte der polnischen Präsidentschaftswahlen, doch auch für den zweiten Kandidaten, Rafał Trzaskowski, stimmte eine ebenfalls rekordverdächtig hohe Zahl von Polen. Beide erhielten über 10 Millionen Stimmen.

Zur Erinnerung: Nawrocki erhielt 10 606 877 Stimmen, Trzaskowski – 10 237 286 Stimmen. Der Unterschied zwischen ihnen beträgt 369 591 Stimmen.

Und wenn man das aus arithmetischer Sicht betrachtet, war das Mandat eines Präsidenten noch nie so schwach, denn noch nie zuvor hat ein Präsident eine Wahl mit einem so geringen Stimmenunterschied gewonnen.

Die Stimmen für Trzaskowski sind eine Unterstützung für das Kabinett Tusk...

Bei dieser Wahl stimmten die Polen entweder für das große, von der PiS dominierte rechte Lager, mit einem erheblichen Anteil für die Konföderation oder gegen den Kandidaten Nawrocki, weil sie bei ihrer Wahl vom Herbst 2023 blieben. Präsident Nawrocki verhielt sich bei seiner Vereidigung aber so, als hätte nur er ein Mandat vom Volk, um Polen zu regieren. Dabei hat doch auch die Parlamentsmehrheit ein solches Mandat vom Volk, um Polen zu regieren, insgesamt erhielt die Koalition des 15. Oktober über 11,5 Millionen Stimmen, nur eben einige Monate früher. Die Verfassung verlangt vom Präsidenten, von der Regierung und der Parlamentsmehrheit gegenseitigen Respekt für ihre jeweiligen Mandate, doch hier gab es überhaupt keinen Respekt für das Mandat der anderen Seite.

Präsident Nawrocki will selbst regieren.

So sieht es aus. Vielleicht ist das ein Beweis für seinen Mangel an politischer Erfahrung? Viele Studien zeigen, dass die Polen Effektivität in der Politik sehr schätzen. Die PiS wurde unter anderem dafür geschätzt, dass sie effektiv war. Präsident Nawrocki hingegen hat unerfüllbare Versprechen gemacht. Seine 21 Punkte, die er jetzt umsetzen will, liegen größtenteils nicht in den Kompetenzen des Präsidenten. Bitte beachten Sie, dass der Präsident in seiner Rede hauptsächlich Themen angesprochen hat, die nicht in den Zuständigkeitsbereich des Präsidenten fallen. Dagegen waren die wesentlichen Aufgaben der Präsidentschaft, also Verteidigung und Außenpolitik, nur am Rande erwähnt; stattdessen dominierte Demagogie. Wenn jemand nicht wüsste, in welcher schwierigen Lage sich die Welt, Europa und besonders unser Teil Europas aufgrund der brutalen russischen Aggression gegen die Ukraine befindet, könnte er glauben, das wichtigste Problem für Polen sei eine deutsche Bedrohung.

Und das zeigt sich auch in diesen 21 Punkten: Dort stehen allgemeine Schlagworte wie eine „gute polnische Schule“ oder „alle sind vor dem Gesetz gleich, vertrauenswürdige Gerichte“, während Verteidigung und Außenpolitik auf das Schlagwort „Stoppt den Migrationspakt“ reduziert werden.

Der Präsident begeht die Sünde des Hochmuts, und das ist sein Fehler. Er kündigt eine Präsidentschaft der Kundgebungen und des Initiierens an. Ich würde den Präsidenten als Historiker zum Studium schicken, um die Geschichte der polnischen Präsidentschaft zu studieren, denn das Modell, das er in seiner Ansprache skizziert hat und das sich aus den Ankündigungen seiner Mitarbeiter ergibt, ist ein Modell der initiierenden Präsidentschaft. So wollte Lech Wałęsa Polen zu Beginn seiner Amtszeit regieren, mit weit, weit größeren Kompetenzen, als sie in der Verfassung von 1997 festgeschrieben sind. Das endete in einem großen Fiasko, weil der Präsident umherreiste, allerlei Dinge versprach und die Regierung zu verschiedenen Maßnahmen verpflichtete, aber keine exekutive Macht besaß.

Präsident Nawrocki wird sich der Exekutive und Judikative entgegenstellen. Er hat den Richtern den Krieg erklärt, die während der achtjährigen Herrschaft der PiS aktiv die Verfassung verteidigt haben. Das ist auch ein Krieg gegen Władysław Żurek, den neuen Justizminister.

Und das ist auch ein Krieg gegen den Europäischen Gerichtshof. Präsident Nawrocki sagte, für ihn sei Polen in der Europäischen Union, aber Polen sei nicht die Europäische Union. Um Himmels willen: Wenn jemand in der Europäischen Union ist, dann ist er die Europäische Union. Für Präsident Nawrocki aber sind wir in der EU, aber die EU sind wir nicht. Das ist natürlich ein Widerspruch in sich.

Für den Präsidenten sind die legalen Richter diejenigen, die das Brechen der Verfassung gebilligt und davon profitiert haben, während er gegen diejenigen vorgehen wird, die die Rechtsstaatlichkeit verteidigt und dafür in der Zeit der PiS-Repressionen erlitten haben.

Er hat ganz offen die Unterstützung und Beförderung von Richtern angekündigt, die der PiS treu sind.

Für uns Bürger, die etwas vor Gericht zu erledigen haben, wird das enorme Schwierigkeiten und Streit mit sich bringen. Denn in der Praxis heißt das, dass die Justiz lahmgelegt wird, weil der Justizminister, die Regierung und die Parlamentsmehrheit eine ganz andere Gruppe von Richtern als legal anerkennen werden als der Präsident – und umgekehrt. Der Präsident begibt sich damit auf einen sehr riskanten Weg.

Ich war überzeugt, dass die erste Ansprache von Präsident Nawrocki vielfältiger ausfallen würde, dass er zumindest einige Gesten an diejenigen richten würde, die ihn nicht unterstützt haben, die sich als Verlierer fühlen, die verletzt sind. Jeder Präsident hat in seiner Antrittsrede fürsorglich zu denen gesprochen, die ihm die Präsidentschaft nicht gegeben haben, die verloren haben. Der Präsident sollte alle Polen lieben, das ist das einzige Amt in Polen, das das verlangt. In der Ansprache von Präsident Nawrocki war davon nichts zu hören. Aber wissen Sie, was mich noch überrascht hat?

Ja?

Ein kühler, ja fast zynischer Kalkül hätte verlangt, dass der Präsident einige bedeutende Gesten gegenüber den Wählern der Konföderation macht, die ihm in der zweiten Runde die Präsidentschaft ermöglicht haben. Denn hätten diese Wähler anders gewählt, hätte Nawrocki verloren. Und in ihre Richtung hat der Präsident keine einzige Geste gemacht. Meiner Meinung nach zeugt das von Nawrockis geringer politischer Erfahrung.

Seine Rede klang, als sei er nur mit den Stimmen der PiS-Anhänger gewählt worden, was nicht stimmt, und das war ein sehr schwerwiegender Fehler. Es steht außer Zweifel, dass es in den nächsten zwei Jahren das Ziel von Vorsitzendem Jarosław Kaczyński sein wird, die Konföderation einzukreisen, damit er nach den Parlamentswahlen 2027 eine eigenständige verfassungsmäßige Mehrheit hat.

Eine neue Verfassung soll also im Jahr 2030 entstehen. Nach dem, was Nawrocki sagt, will er im Grunde genommen die nach 2015 von Duda und Kaczyński vorgenommenen verfassungsrechtlichen Veränderungen einfach legalisieren.

Genau das. Das war wohl ein unvorsichtiger Schritt mit dieser Ankündigung, denn wir wissen jetzt, dass bei den nächsten Parlamentswahlen die Verfassungsänderung auf dem Spiel steht. Das demokratische Lager wird also die Wähler fragen: Wollt ihr wirklich, dass die PiS die Verfassung neu schreibt?

Die Verfassungsänderung im Jahr 2030 ist aus historischer Sicht ein schrecklicher Gedanke. Es ist, als würde Präsident Nawrocki die polnische Geschichte überhaupt nicht kennen. Die Änderung der polnischen Verfassung zum hundertsten Jahrestag der Brzeskie-Wahlen und der Zerstörung der polnischen Demokratie anzukündigen, das zeugt von einem grundlegenden Mangel an historischem Feingefühl.

In dieser Ansprache wurden Zitate von Roman Dmowski, Józef Piłsudski, Wojciech Korfanty, Ignacy Daszyński und Ignacy Jan Paderewski verwendet. Wie interpretieren Sie das?

Als Historiker hat mich besonders die Verbindung in einem Satz beeindruckt, in dem der Respekt vor den nationalen Werten Dmowskis und Lech Kaczyńskis gleichermaßen betont wurde. Für einen Historiker ist es jedoch offensichtlich, dass Dmowski den Begriff „Nation“ ganz anders verstand als Lech Kaczyński.

Lech Kaczyński sah die nationale Gemeinschaft ähnlich wie Józef Piłsudski, inklusiv und staatsbürgerlich orientiert. Für Dmowski hingegen waren zur Nation nur ethnische Polen gehörig, während andere

Bewohner der polnischen Gebiete, wie Ukrainer, Weißrussen oder Juden nicht zum polnischen Volk zählten. Und genau darin lag der große Unterschied zwischen Dmowski und Piłsudski.

Also zu sagen, man verstehe die Nation so, wie es sowohl Dmowski als auch Lech Kaczyński taten, zeugt von großer historischer Ignoranz. Ich befürchte, dass in diesem Satz tatsächlich vor allem die Dmowski-Definition mitschwingt. Und das, obwohl wir zunehmend zu einer multiethnischen Gesellschaft werden.

Die Rückkehr zu Dmowskis Definition ist ein grundlegendes Missverständnis. Doch Nawrocki ist aus Überzeugung ein Nationaldemokrat (ND). Meiner Meinung nach wird auch das ein Feld weiterer Konflikte, weil es die Hetze gegen Migranten, gegen Ukrainer in Polen, gegen Polen anderen Glaubens, anderer Lebensweise und sexueller Orientierung fortsetzen wird.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75398,32158768,prof-tomasz-nalecz-tak-konfrontacyjnego-wystapienia-jeszcze.html#s=S.index-K.C-B.1-L.2.duzy>

Sehr geehrte Damen und Herren, die Scherze sind vorbei. Ansprache von Karol Nawrocki



Quelle: kulturaliberalna.pl

Von **Katarzyna Skrzydlowska-Kalukin**

Präsident Karol Nawrocki ließ nicht den geringsten Raum für Illusionen. In seiner Ansprache nach seiner Vereidigung machte er deutlich, dass er sowohl die Regierung als auch die Europäische Union bekämpfen werde. Nicht nur passiv, indem er Gesetze nicht unterschreibt. Er kündigte an, aktiv einen Regimewechsel anzustreben.

Es war nicht nötig zu warten, bis Nawrocki anfängt zu sprechen. Er zeigte bereits mit seiner Körpersprache, was er zu sagen hatte, als er von seiner Loge im Parlamentssaal zur Tribüne ging, um seine Rede zu halten. Man konnte sehen, wie er sich an seinem Auftritt berauschte, den man unweigerlich mit dem Weg eines Boxers in den Ring assoziiert. Die Pose des Beherrschers, die Arme weit vom Körper entfernt, die Zähne in einem frechen Grinsen gefletscht, ein triumphaler Schritt.

Karol Nawrocki hielt seine Ansprache, nachdem er vor der Nationalversammlung den Amtseid des Präsidenten geleistet hatte. Normalerweise sind solche Ansprachen ziemlich langweilig und unwahr - die Präsidenten kündigen Dialog und Dienst an allen Polen an. Dann machen sie ihre Arbeit nach ihrer Art, aber an diesem ersten Tag wahren sie den Schein. Nawrocki hat das nicht getan.

Er kündigte den Kampf sofort an - und manchmal sogar skandierte er ihn fast - und unterstrich den entschlossenen, unterstützenden Ton, indem er mit dem Finger auf die Tischplatte tippte. Manchmal schien es, als würde er am Ende schreien: Le-chia Gdańsk! [ein Ruf der Fußballfans]

Passiver Widerstand ist nicht genug

Er kündigte geradeheraus den Kampf gegen die Reparatur der Rechtsstaatlichkeit an und nannte es eine „Reparatur der Rechtsstaatlichkeit“. Die Regierung und die Abgeordneten haben sich wahrscheinlich keine Illusionen darüber gemacht, dass sie in der Lage sein würden, auf dem gesetzlichen Weg Änderungen in den Justizbehörden herbeizuführen, aber jetzt wissen sie das von Präsident Nawrocki selbst.

Wir wissen auch, dass Nawrocki aktiv versuchen wird, das, was geändert wurde, wieder so zu machen, wie es vor dem Dezember 2023 war, als die derzeitige Regierung gebildet wurde. Das wird nicht nur passiver Widerstand sein, der darin besteht, Gesetze nicht zu unterschreiben. Nawrocki hat Maßnahmen angekündigt - er will die Verfassung ändern, Richter ernennen und befördern, die er für geeignet hält, und diejenigen, die er für ungeeignet hält, blockieren. Er kündigte an, dass er die Regierung zur Rede stellen werde, und nannte dies eine Einladung zum Kabinettsrat bereits im August.

Zuvor hatte er über gescheiterte Wahlversprechen gewettert - Sie können sich denken, an wessen Adresse.

Die Konfrontation mit der Regierung wird daher eines der offiziellen Ziele von Nawrockis Präsidentschaft sein. Auch in Entwicklungsfragen – der Zentralf Flughafen soll in seiner traditionellen Form bestehen bleiben. Das heißt, so wie es unter der PiS-Regierung geplant war, wie man sich denken kann.

Nawrocki sprach auch über das Militär. Professor Antoni Dudek sieht hier die Möglichkeit einer wirksamen politischen Aktion für ihn. Er ist der Meinung, dass der Präsident versuchen könnte, die militärische Gemeinschaft zu zerstreuen, so wie die juristische Gemeinschaft zerstritten wurde. „Wir haben bereits Richter-Neos und Richter-Paleos, und wir könnten zwei Gruppen von Generälen haben, die einander anschreien, von denen die eine die Regierung lobt und die andere vor ihr warnt“, sagte der Professor in einem Interview mit Jarosław Kuisz.

Hinterhofjunge und Mädchen von nebenan

Es wird also eine schwierige Kohabitation bleiben. Allerdings wird Nawrocki mit seiner Persönlichkeit die rechte Linie auf ein neues Niveau heben. Weil es bei der Ansprache des Präsidenten nicht viel Anschein gab, dass er sich als Präsident der Solidarität und nicht der Spaltung gibt, dann wird es brutal sein. Vorbei ist es mit der erzwungenen Eleganz, die sich für Staatsmänner gehört, ob sie nun zu allen bisherigen Präsidenten gepasst hat oder nicht. Die Vereidigung und die Ansprache wurden von einem Jungen aus dem Hinterhof gehalten, der in den Kämpfen bei der Teppichstange niemals aufgab und so an die Spitze kletterte. Und seine Frau, das Mädchen von nebenan, das sich in einem bequemen Trainingsanzug wohlfühlt, wirkt in einem eleganten Kostüm der First Lady ebenso authentisch, weil sie nicht posiert. Jung, mutig, ohne Komplexe – die Wähler werden sie lieben.

Hört ihr das Gejammer?

Und die, die gegen Nawrocki gestimmt haben, sollen aufheulen – das schien sein Ziel zu sein. Ankündigungen von Verfassungsänderungen, ein harter Kurs gegenüber der Europäischen Union, eine Demonstration von Religiosität – es klang wie eine Provokation. Wenn sich die Worte und Gesten der Ansprache in der anschließenden Tat bestätigen, erwartet uns eine Emotion wie bei einer Fußballfan-Schlägerei und nicht – wie unter Andrzej Duda – im Fakultätsrat, wo die Grausamkeit von Gehässigkeiten erst erkannt werden muss.

Nawrocki kann zwar viel tun, um der Regierung und dem Parlament das Leben schwer zu machen, aber er kann nicht regieren. Er spielt den Boxer im Ring, aber er ist eher ein brüllender Löwe im Gehege. Wenn man in das Gehege gerät, kann man sterben. Aber wenn man ihm ausweicht, erreicht einen nur das Gebrüll.

Andererseits kann dieses Gebrüll im Vorfeld der nächsten Parlamentswahlen einen Mobilisierungswert haben. Für beide Parteien.

Zsfg.: JP

<https://kulturaliberalna.pl/2025/08/06/skrzydłowska-kalukin-drodzy-panstwo-zarty-sie-skonczyly-oredzie-karola-nawrockiego/>

Tusk schweißt Kaczyński und Nawrocki zusammen



Quelle: interia.pl

Von **Cezary Michalski**

Nawrockis Ansichten verorten ihn rechts von Kaczyński und der PiS. Der neue Präsident ist nationalistischer, klerikaler und europafeindlicher als Kaczyński. Doch die Hoffnungen der Koalition (und der Konföderation), dass es zwischen Nawrocki und Kaczyński zum Konflikt kommt, werden sich nicht erfüllen. Die Zusammensetzung des Präsidialkabinetts und seine ersten Erklärungen zeigen, dass Tusk Nawrocki und Kaczyński weiterhin „zusammenschweißt“, zwei Jahre lang geeint in einem gemeinsamen Ziel: Tusk von der Macht zu verdrängen.

Ins Zentrum des politischen Spiels brachte Karol Nawrocki Professor Andrzej Nowak. Ideell unterstützt wurde er von Chefredakteur Paweł Lisicki (dessen Magazin Do Rzeczy sich eindeutig zur Präsidenten-Zeitschrift entwickelte: Kritik an Morawiecki oder abweichende Einschätzungen zu Kaczyński werden dort toleriert, ja sogar ermutigt, die Haltung gegenüber Nawrocki hingegen ist enthusiastisch). Lisicki und Nowak forderten sogar mehrfach, Kaczyński an der Spitze der Rechten durch einen radikaleren Politiker zu ersetzen. Sie kritisierten ihn wegen seiner „Weichheit“ sowohl gegenüber der EU als auch gegenüber liberalen Institutionen und Milieus in Polen.

Überhaupt kein Wort über Russland

Nowak und Lisicki verbindet etwas, das man als „Duginismus auf Polnisch“ bezeichnen könnte: ein Radikalismus, der sie von Kaczyński und der PiS unterscheidet. In der kompromisslosen Ablehnung der Europäischen Union, in einer noch schärferen als bei Kaczyński vorgetragenen Kritik an der Dekadenz des gesamten liberalen Westens und vor allem in der Abkehr von einer Grundüberzeugung, die für den Systemwechsel von 1989 entscheidend war (und die lange Zeit auch Kaczyński teilte): nämlich, dass Polens Beitritt zu allen Institutionen des Westens das Land aus der russischen Einflussosphäre

herausführen würde und daher als unantastbares Dogma selbst der souveränsten polnischen Politik gelten müsse.

In einem Land, in dem die Mehrheit der Bürger noch immer der Meinung ist, dass Polen Mitglied der EU sein sollte (wenn auch eher als Quelle von Geldmitteln denn als gemeinsamer Raum von Werten und Institutionen), gebietet die einfache politische Heuchelei, nicht offen über einen „Polexit“ zu sprechen. Eine Heuchelei, mit der jedoch sowohl Andrzej Nowak als auch Paweł Lisicki gebrochen haben.

Doch auch in der Heuchelei sind die Nuancen bezeichnend: In seiner ersten Rede als Präsident nannte Karol Nawrocki im Zusammenhang mit einer Bedrohung der polnischen Souveränität ausschließlich die Europäische Union: „Ich werde die Stimme derjenigen sein, die ein souveränes Polen wollen, ein Polen, das in der Europäischen Union ist, aber ein Polen, das nicht die Europäische Union ist, sondern Polen ist und Polen bleiben wird... Ich werde selbstverständlich die Beziehungen im Rahmen der Europäischen Union unterstützen, aber ich werde mich niemals damit abfinden, dass die Europäische Union Polen Kompetenzen entzieht...“

Diese Worte überraschen nicht aus dem Mund eines rechten Politikers, entscheidend sind jedoch erneut die Proportionen und die Auslassungen. In derselben Rede wird Russland, das direkt an unserer Ostgrenze einen aggressiven Eroberungskrieg führt, als Bedrohung der polnischen Souveränität überhaupt nicht erwähnt. Auch die Ukraine als Opfer dieses Krieges kommt nicht vor. Als gäbe es diesen Krieg nicht mehr und nicht einmal so, wie es in der Realität gerade ist: dass er in seine entscheidendste Phase eintritt, in der sich entscheidet, ob der ukrainische Puffer, der uns von Putins Russland trennt, bestehen bleibt oder verschwindet.

In dieser Rede werden die NATO und vor allem „die bilaterale Allianz mit den Vereinigten Staaten“ der Europäischen Union als einzige Garantie für Polens sichere Entwicklung entgegengestellt. Doch nach einigen Monaten der Präsidentschaft Trumps wissen wir bereits: Sollte die Union (und sogar die NATO, die ebenfalls von Trump in Frage gestellt wird, der „bilaterale Allianzen“ bevorzugt) durch eine „bilaterale Beziehung“ Trump–Putin ersetzt werden, bedeutete dies für Polen im besten Fall ein enormes Risiko und im schlimmsten Fall, dass es zu einem machtlosen Opfer eines neuen Konzerts der Großmächte würde, das über unsere Köpfe hinweg ausgetragen wird.

Der Präsidenten-Kaczyński-Palast

Sowohl die Regierungskoalition (und ihr mediales Umfeld) als auch die Konföderation verknüpften große politische Hoffnungen mit den ideologischen Spannungen zwischen Nawrocki und Kaczyński oder Morawiecki. Nach Ansicht der Koalitionsanhänger sollten die Reibungen zwischen Kaczyński und Nawrocki noch größer ausfallen als zwischen Kaczyński und Duda und so zur Lähmung der Zusammenarbeit führen. Für einen Teil der Konföderation (insbesondere für die „Libertären“ um Mentzen und Wipler – Krzysztof Bosak verfolgt hier ein anderes Spiel) sollte Nawrocki den Prozess der Entthronung Kaczyńskis durch eine jüngere und radikalere Generation rechter Führungspersönlichkeiten beschleunigen. Diese Hoffnungen wurden durch die Zusammensetzung der Präsidialkanzlei vollständig zunichtegemacht. Paweł Szefernaker, Zbigniew Bogucki und Marcin Przydacz gehören zur mittleren PiS-Generation, „Kinder und Zöglinge“ der Partei und ihres Vorsitzenden Kaczyński.

Selbst wenn Bogucki und Przydacz zeitweise auf der Liste potenzieller PiS-Präsidentschaftskandidaten standen, taten sie alles, um sich als Personen zu präsentieren, die ausschließlich in der „Personalreserve des Vorsitzenden“ stehen, völlig abhängig von seinem Willen und bereit, diesen ohne das geringste Murren zu akzeptieren. Anders als Morawiecki und Czarnek, deren Ambitionen sie als potenzielle Nachfolger Kaczyńskis entlarvten und dieser denkt bekanntlich nicht im Entferntesten daran, in den Ruhestand zu gehen.

Śławomir Cenckiewicz, der neue Chef des Büros für Nationale Sicherheit, wurde lange Zeit eher mit Macierewicz als mit Kaczyński in Verbindung gebracht. Doch er lernte schnell, sich im Machtkampf dem Stärkeren gegenüber loyal zu verhalten. Als Macierewicz marginalisiert und gedemütigt wurde, entschied sich Cenckiewicz für Kaczyński, im Bewusstsein, dass es für ihn derzeit keine Alternative zu Kaczyński als Vorsitzendem der PiS gibt. Einer Partei, die ihm sowohl persönlichen Aufstieg sichert als auch seine Ansichten am weitesten umsetzt.

Der Sturz von Tusk ist wichtiger als ideologische Differenzen

Ideologische Unterschiede zwischen Nawrocki und Kaczyński (sowie Morawiecki, der PiS usw.) verlieren ihre Bedeutung angesichts des Ziels, Donald Tusk so schnell und so endgültig wie möglich nicht nur von der Macht zu verdrängen, sondern auch aus der polnischen Politik zu entfernen.

Kaczyński ist es gelungen, nicht ohne Mithilfe Tusks, der glaubte, eine solche Polarisierung spiele eher ihm in die Hände, den „Antituskismus“ als grundlegende Pflicht der gesamten polnischen Rechten darzustellen, gegenüber der ideologische Nuancen belanglos werden.

Die Konföderation hat mit dieser Prioritätensetzung natürlich ein Problem. Die Konföderierten sammelten, ähnlich wie einst Hołownia, einen Teil ihrer wachsenden Wählerschaft unter dem Slogan des „dritten Weges“: gleicher (oder zumindest erheblicher) Abstand sowohl zum „listigen Tusk“ als auch zum „Sozialisten Kaczyński“. Deshalb gehen Mentzen und Wipler in immer schärfere Auseinandersetzungen mit der PiS und deshalb war Mentzen nicht bei Nawrockis Amtseinführung anwesend.

Die „Libertären“ in der Konföderation haben inzwischen erkannt, dass Nawrocki in den kommenden zwei Jahren ein Verbündeter Kaczyńskis bleiben wird, während sie selbst zunehmend unter den wachsenden Erpressungsdruck geraten: „Wenn ihr nicht kritiklos auf der Seite von Kaczyński und Nawrocki steht, bedeutet das, dass ihr auf der Seite Tusks seid.“ Selbst wenn Mentzen (und insbesondere Wipler) das wissen, haben sie derzeit keinerlei Idee, wie sie aus dieser von Kaczyński gestellten Falle entkommen könnten. Nawrockis Frische und Radikalität sind eine tödliche Waffe gegen sie, solange er natürlich in enger Verbindung mit der Parteizentrale in der Nowogrodzka bleibt.

Kaczyński und Nawrocki werden unweigerlich in einen Konflikt geraten, wenn es um die Aufteilung der Macht und die ideologische Ausrichtung dieser Macht geht. Dies wird jedoch erst geschehen, wenn (und falls) es überhaupt etwas zu teilen gibt, also erst dann, wenn (und falls) Tusk die Macht verliert.

Zsfg.: AV

<https://wydarzenia.interia.pl/felietony/news-kaczynski-i-nawrocki-zlepieni-przez-tuska,nld,22172868>

Duda und Nawrocki sprachen gemeinsam über „deutschen Antipolonismus“



Quelle: [oko.press](#)

Von **Witold Głowacki**

Andrzej Duda und Karol Nawrocki sprachen in der Nähe des Warschauer U-Bahnhofs Płocka vor einer Gedenktafel, die an den Massenmord an polnischen Zivilisten durch die Deutschen auf dem Gelände der ehemaligen Ursus-Fabrik erinnert.

Am 81. Jahrestag des Ausbruchs des Warschauer Aufstands traten der amtierende Präsident Andrzej Duda und der designierte Präsident Karol Nawrocki gemeinsam auf, um an das Gemetzel von Stadtteil Wola zu erinnern, die Ermordung von Zehntausenden (nach verschiedenen Schätzungen waren es zwischen 40 000 und 60 000) Warschauer Zivilisten durch die Deutschen in den ersten Augusttagen 1944. „Es ist nicht allgemein bekannt, dass die Deutschen in den ersten Tagen des Warschauer Aufstands die Bevölkerung der Hauptstadt auslöschen begannen“, sagte Andrzej Duda. Karol Nawrocki zufolge „über das Gemetzel von Wola lange Zeit konnte nicht gesprochen werden“.

Beide Politiker äußerten diese Thesen, während sie vor einer von Karol Tchorek entworfenen und in den 1950er Jahren errichteten Gedenktafel standen, die an eines der Massaker von Wola erinnert. Es gibt mehrere solcher Gedenktafeln in Wola – alle wurden im ersten Jahrzehnt nach dem Krieg an bestimmten Orten von Massenexekutionen und Morden errichtet, die unter dem Begriff Massaker von Wola zusammengefasst werden. Auf jeder dieser Tafeln ist die Zahl der Opfer des jeweiligen Massakers angegeben. Das Gedenken und die regelmäßige Erinnerung an die von den Deutschen während des

Zweiten Weltkriegs an der polnischen Zivilbevölkerung begangenen Morde war einer der Eckpfeiler der Geschichtspolitik der Volksrepublik Polen.

Die gemeinsame Gedenkstätte für die Opfer des Massakers von Wola wurde hingegen 2004 eingeweiht. In den Reden beider Politiker gab es antideutsche Akzente, die weit über die Geschichte des Warschauer Aufstandes hinausgingen. Karol Nawrocki argumentierte, dass der Nationalsozialismus, die Staatsideologie des Dritten Reiches, in gerader Linie aus den Traditionen des Deutschen Reiches und des Königreichs Preußen hervorgegangen sei. Er sprach von einem „erbitterten Antipolonismus“, der alle diese Formen deutscher Staatlichkeit kennzeichnete.

„Der ausgeprägte Antipolonismus und der intellektuelle und staatliche Antipolonismus des preußischen Staates, dann des deutschen Staates, hat zu diesen Verbrechen geführt. So wurde dieser Antipolonismus von Intellektuellen, Politikern und dann vom Dritten Deutschen Reich gezüchtet und führte zu solchen Verbrechen“, sagte Nawrocki.

„Schande über die deutschen Folterknechte!“, rief Nawrocki am Ende seiner Rede.

Zsfg.: JP

<https://oko.press/na-zywo/na-zywo-relacja/duda-i-nawrocki-wspolnie-przemawiali-o-niemieckim-antypolonizmie>

Was heißt es, zur Armee zu gehen?



Quelle: kulturaliberalna.pl

Von **Michał Boni**

Es wäre nicht gut, wenn die polnische Debatte über die Wehrpflicht in die eingefahrenen Gleise eines ideologischen und politischen Streits geraten würde. Wenn mit einem solchen Streit gemessen würde, wer mit seinen Vorschlägen „patriotischer“ ist. Notwendig ist eine ausgewogene Diskussion darüber, wie die Zivilbevölkerung und Reservisten ausgebildet werden sollen.

In einer Umfrage von IBRiS für die „Rzeczpospolita“ im Frühjahr 2025 waren 55 Prozent der Polen der Ansicht, die allgemeine Wehrpflicht sollte wieder eingeführt werden. 35,8 Prozent waren dagegen. Das Thema ist brisant und wird oft von spezifischen Interpretationen begleitet, um nicht zu sagen: von Manipulationen. Für die ältere Generation erscheint die Rückkehr zur Wehrpflicht angesichts der Kriegslage an den Grenzen der EU und Polens selbstverständlich. Doch die jüngere Generation, insbesondere die Männer, selbst wenn sie sehr patriotisch eingestellt sind, hat ein starkes Gefühl für Individualismus: das Bedürfnis, Lebensentscheidungen selbst zu treffen, und eine Abneigung dagegen, dass der Staat sie vorschreibt.

Nachdem Premierminister Donald Tusk im März 2025 über militärische Schulungen gesprochen hatte, ohne klarzustellen, ob diese freiwillig oder verpflichtend sein sollten, betonten die Anführer nationalistischer Gruppen ausdrücklich, dass eine Teilnahme nur freiwillig erfolgen könne. Es wäre nicht gut, wenn die Debatte über das „Zur-Armee-Gehen“ in die eingefahrenen Gleise eines ideologischen und politischen Streits geraten würde, wenn damit gemessen würde, wer mit seinen Vorschlägen „patriotischer“ ist. Notwendig ist eine ausgewogene Diskussion zu diesem Thema.

Armee? Die Zeit des Kommunismus ist vorbei

Die Aussetzung der Wehrpflicht für Männer im Jahr 2008 hatte verschiedene Ursachen und Begründungen. Aus der Tradition der „Solidarność“ heraus wuchs die Überzeugung, dass eine allgemeine, verpflichtende Wehrpflicht in einem demokratischen und rechtsstaatlichen Land nicht notwendig sei. Besonders seit den 1980er Jahren (in der Zeit der Untergrund-„Solidarność“) setzten sich Aktivisten der Bewegung „Freiheit und Frieden“ dafür ein, deren Bedeutung, ähnlich wie die der NZS-Führungsperson (Unabhängiger Studentenverband), mit den Jahren der polnischen Transformation zunahm.

Eine weitere Grundlage für die Umsetzung dieser lang erhobenen Forderung war das Sicherheitsgefühl in einer Welt, die im Großen und Ganzen in Friedensbedingungen funktionierte. Zudem war Polen bereits Mitglied der NATO und der Europäischen Union.

Die Berufsarmee wurde ausgebaut, unter der Aufsicht eines zivilen Verteidigungsministers. Einer der wichtigen Faktoren, die diese Lösung stützten, waren kulturelle Veränderungen, aber auch neue Formen des beruflichen und privaten Lebensstarts der jungen Generationen.

Seit mindestens dem ersten Jahrzehnt der Transformation stieg der Trend, den Lebensstandard und die Qualität der Bildung zu verbessern. Ein Hochschulstudium, selbst wenn es später nur mit einem Bachelor-Abschluss endete, eröffnete Chancen auf eine bessere berufliche Position. Die Bildungsniveaus sind seit Beginn der Transformation um mehr als das Vierfache gestiegen, bereits etwa 25 Prozent der Polen haben einen Hochschulabschluss.

Es war daher offensichtlich, dass die Wehrpflicht für Männer ein Hindernis für die berufliche Entwicklung darstellen konnte. Eine interessante Analyse dieses Phänomens lieferte der Bericht des Instituts für Strukturforschung unter dem Titel „Zur Armee oder an die Uni? Wie die Wehrpflicht Männer zum Studieren motivierte“ (2024). Er zeigte, wie in Polen ein Studium für Männer zu einer Alternative zum Wehrdienst wurde. Nach der Abschaffung der Wehrpflicht wurde die Option des Studiums weniger populär. In vielen OECD-Ländern trug sie jedoch zur Verbesserung der beruflichen Position von Männern bei und verringerte den Unterschied zwischen Männern und Frauen in Bezug auf Bildungsambitionen. Ähnliche Prozesse fanden auch in unserer Region Europas statt.

Verteidigungsfähigkeit und Resilienz – neue Schlagworte

Nach dem Ende des Kalten Krieges und zusätzlich in den Jahren des technologischen und konsumorientierten Umbruchs in der zweiten Dekade des 21. Jahrhunderts veränderte sich die Sensibilität der europäischen Staaten für Verteidigungsbedürfnisse grundlegend. Die Personalstärke der Armeen in der EU verringerte sich im Durchschnitt um 16 Prozent, in Belgien um 26,5 Prozent und in Griechenland um 5 Prozent, so die Berichte des Analysezentrums beim Europäischen Parlament (2025). Das einzige Land, das seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs durchgehend die allgemeine Wehrpflicht beibehielt, war Finnland.

Die letzten Jahre, insbesondere nach der russischen Aggression gegen die Ukraine im Jahr 2022, haben die geopolitischen Kräfteverhältnisse in der Welt verändert. Die Gefahr eines Krieges ist real geworden. Er findet in Europa statt, und das Ausmaß der Bedrohung ist enorm.

Zusätzlich brachte der Jahreswechsel 2024/2025, mit der Amtsübernahme des US-Präsidenten Donald Trump, die Notwendigkeit mit sich, dass die in der NATO befindlichen Länder der Europäischen Union eine mögliche Selbstständigkeit ihrer Streitkräfte in Betracht ziehen. Ebenso muss ein mögliches geringeres Engagement der US-Armee in Europa berücksichtigt werden, ebenso wie eine potenzielle Verpflichtung zur Friedenssicherung in der Ukraine, falls es dazu kommen sollte. Dies würde eine Verstärkung der europäischen Streitkräfte um mindestens 50 Brigaden einer Berufsarmee erfordern (das entspricht 150.000 bis 250.000 Soldaten).

Wenn daher Vertreter der polnischen Armee in Interviews und sozialen Medien vom Ziel sprechen, eine Armee von 300.000 Soldaten aufzubauen, dann stehen dahinter große Ambitionen. Aus unterschiedlichen Quellen lassen sich Angaben über die Größe der polnischen Armee entnehmen. 140.000, über 150.000 oder fast 180.000, wenn man die derzeit freiwillig Wehrdienstleistenden mit einrechnet. Mitunter könnte man den Eindruck gewinnen, dass schon allein diese Information Teil eines propagandistischen Spiels ist. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass in der heutigen Zeit, auf den modernen Schlachtfeldern und in den aktuellen Formen der Kriegsführung nicht nur die Verteidigungsfähigkeit zählt, sondern auch die

Widerstandsfähigkeit und die Bereitschaft, auf verschiedene kriegerische und quasi-kriegerische Ereignisse zu reagieren.

Daher betont der ehemalige finnische Präsident Sauli Niinistö, Autor des Berichts „Safer Together: A path towards a fully prepared Union“ [2024], die Notwendigkeit eines umfassenden Ansatzes zur Stärkung der Resilienz – unter Berücksichtigung aller gesellschaftlichen Dimensionen (whole-of-society approach).

Bereit sein – wie geht das?

Auf Grundlage der Empfehlungen des Niinistö-Berichts hat die Europäische Kommission ein sehr gutes Dokument erarbeitet: die „EU-Strategie zur Bereitschaft“ [2025]. Diese beschreibt die Notwendigkeit, das Bewusstsein für potenzielle Gefahren zu schärfen (darunter: neue Instrumente zur Überwachung und zum Risikomanagement), die zivil-militärische Zusammenarbeit zu vertiefen (Komplementarität der Maßnahmen zur Erhöhung der Widerstandsfähigkeit gegenüber Bedrohungen und Krisen), sowie die Kooperation mit externen Partnern (NATO und „Drittländer“) zu verbessern. Das Dokument nennt 30 zentrale Aufgaben und führt das Konzept der „Bereitschaft schon in der Entwurfsphase“ (preparedness by design) ein.

Von neuer Bedeutung sind daher alle Dimensionen der zivil-militärischen Zusammenarbeit – damit die Gesellschaften mit Bedrohungen zurechtkommen. Von neuer Bedeutung sind daher alle Dimensionen der zivil-militärischen Zusammenarbeit, damit die Gesellschaften mit Gefahren umgehen können. Um jedoch den Effekt der „Bereitschaft“ (preparedness) zu erreichen, sind militärisch ausgebildete Fachkräfte und lokale Führungspersonlichkeiten erforderlich, sowohl für Zwecke der breit verstandenen territorialen Verteidigung als auch für zivile Schutzaufgaben.

Der Schlüssel liegt heute im Umfang der personellen Ressourcen, die die Streitkräfte unterstützen können: bei Angriffen auf die Zivilbevölkerung helfen, besonders gefährdete Personen unterstützen, Kinder, ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen oder Krankheiten. Gegebenenfalls auch die Armee ergänzen, aber ebenso professionell auf Desinformations- und hybride Angriffe reagieren. Deshalb kehrte bereits vor einigen Jahren das Thema der Vorbereitung der Bevölkerung auf Verteidigungs- und Zivilschutzaufgaben in die öffentliche Debatte zurück, ebenso wie auf die Übernahme militärischer Aufgaben nach einer professionellen Ausbildung. Damit kehrt auch die Frage der allgemeinen Wehrpflicht zurück.

Wie kann die Armee ergänzt werden?

Derzeit wenden neun Mitgliedstaaten der EU verschiedene Formen der allgemeinen Wehrpflicht an: Österreich, Zypern, Dänemark, Estland, Finnland, Griechenland, Lettland, Litauen und Schweden. In einigen von ihnen wurden in den letzten zwei Jahren Entscheidungen zu diesem Thema getroffen. Wesentlich ist, dass die Regeln klar definiert sind: Kriterien und Anzahl der Einberufenen, die Dauer des Dienstes mit Unterteilung in Grundausbildung und operative Zeit in verschiedenen Spezialgebieten, Regelungen zur Kompensation von Verdienstaufschlägen während des Dienstes, das Niveau der erworbenen Kompetenzen sowie der Umfang der Reserven für die Berufsarmee, die durch diesen Dienst geschaffen werden.

Unter den Ländern mit Wehrpflicht dominieren die baltischen und skandinavischen Länder, was auf das bewusste Bedrohungsgefühl durch Russland zurückzuführen ist. Die Politik der allgemeinen Wehrpflicht in Griechenland und Zypern resultiert aus möglichen Bedrohungen an den Außengrenzen der EU und aus lokalen Spannungen mit der Türkei. Die Gründe für die starke Betonung der Wehrpflicht in Österreich sind sehr unterschiedlich.

Verschiedene Regierungen greifen das Thema wieder auf, am stärksten wohl im Frühjahr 2025 die polnische Regierung, was sich in der Äußerung von Premierminister Donald Tusk am 25. März zeigte. Es muss daran erinnert und betont werden, dass die ausschließlichen Befugnisse in diesen Angelegenheiten bei den Mitgliedstaaten liegen.

Eine Pflicht, verschiedene Modelle

Öffentliche Debatten über die allgemeine Wehrpflicht sind oft emotional geprägt. Nicht nur, weil dabei Diskussionen über Geschlechtergleichheit und die Beteiligung von Frauen im Verteidigungssystem eröffnet werden (in den Berufsarmeen der EU dienen Frauen unter gleichen Bedingungen, bei der allgemeinen Pflichtteilnahme war Norwegen Vorreiter: Dort wurde 2014 die Geschlechterneutralität bei der Teilnahme eingeführt). Vor allem stellen sich aber Fragen und Zweifel an der Effektivität eines solchen Systems.

Vorherrschend ist die Überzeugung, dass die fundamentale Rolle darin besteht, Defizite in militärischen und zivilen Verteidigungsfunktionen auszugleichen. Daher ist es wichtig, die Notwendigkeit von Flexibilität in einem solchen Modell zu verstehen.

In verschiedenen Ländern werden unterschiedliche Modelle der allgemeinen Wehrpflicht angewendet. Drei Formen dominieren. Erstens – allgemeine, verpflichtende Musterung. Österreich, Zypern, Estland, Finnland und Griechenland führen sie mehrmals jährlich durch, für Zeiträume von 9 bis 12 Monaten. Mit offensichtlichen Ausnahmen wegen Gesundheitsgründen oder Weltanschauung (Wahrung der Menschenrechte und -freiheiten).

Zweitens – Auswahl durch Losverfahren (Dänemark, Lettland, Litauen). Dabei werden verschiedene Faktoren berücksichtigt, die für die passende Auswahl der erforderlichen Personen wichtig sind. Ein Beispiel ist die Eignung von Kompetenzen (in Lettland entscheidet ein spezielles algorithmisches Programm, das gewährleisten soll, dass aus jeder Gemeinde Personen im richtigen Verhältnis ausgebildet werden).

Drittens – ein selektives, verpflichtendes Modell wie in Schweden, wo Motivation, Bildungsniveau und Bedürfnisse der Armee entscheiden. Praktisch bedeutet das, dass nur jene zum Dienst berufen werden, die ihn wollen, und ihnen entsprechende materielle sowie allgemeine Anreize geboten werden (zum Beispiel der Erwerb einzigartiger Qualifikationen).

Bei der Anwendung aller Modelle gewinnen zwei Faktoren an Bedeutung, die die Flexibilität der Wahl erhöhen sollen. Der erste Faktor ist die Freiheit, den Zeitpunkt der Pflichtschulung so zu wählen, dass sie weder die Ausbildung noch die berufliche Entwicklung hemmt. Dies gilt bis zu einer Altersgrenze, zum Beispiel 25 oder 28 Jahre. Der zweite Faktor erlaubt die Wahl einer alternativen Form des Dienstes (wie es früher auch in Polen üblich war). Ziviler Dienst in vielfältigen Bereichen: von medizinischer Hilfe bis hin zu ergänzenden Maßnahmen zur Erhöhung der Widerstandsfähigkeit gegen Feuer, Überschwemmungen etc.

Wehrpflicht notwendig, aber nicht mit Gewalt

Die Zeiten, in denen wir leben, stellen uns vor große Herausforderungen. Widerstandsfähigkeit und Bereitschaft gegenüber Kriegsbedrohungen, klimatischen Erschütterungen, hybriden Angriffen. All das, was man als Zustand permanenter Kriege unterschiedlicher Art definieren kann, werden zunehmend entscheidend. Für die Bewältigung dieser Aufgaben sind für Staat und Gesellschaft die richtigen Ressourcen notwendig: Ausrüstung und Verteidigungssysteme, militärische Ausstattung sowie eine hochqualifizierte Berufsarmee. Aber auch Reserven und unterstützende Kräfte spielen eine wichtige Rolle. Fundamental wird eine professionelle Vorbereitung – die Allgemeinverpflichtung zum Wehrdienst. Jedoch sollte heute in Polen niemand mehr einen alten, starren Pflichtwehrdienst aufzwingen. Das Modell muss an die heutige Gesellschaft angepasst werden, die keine gedankenlose Verpflichtung mag, sondern ein sensibles Eingehen des Staates auf ihre Bedürfnisse, Wünsche und Möglichkeiten verlangt. Die Verbindung geopolitischer Ziele, gesehen im Sinne des Gemeinwohls (unsere Sicherheit), mit dem Respekt vor Bürgerrechten und Freiheitsrechten (meine Wahlfreiheit und mein Beitrag zum Gemeinwohl) ist eine Schlüsselprämisse für die Politik in diesem Bereich. Es lohnt sich, über ein Modell nachzudenken, das eine zufällige Zuteilung mit einer selektiven, verpflichtenden Form kombiniert – und das mit allen „Flexibilitäten“ zugunsten der Bürger, wie etwa der Wahl von Zeitpunkt und Form des Dienstes. Vor allem aber: Vermeiden wir eine Ideologisierung dieser Debatte. Sie darf auch nicht der Desinformationsflut zum Opfer fallen. Und nach der öffentlichen Diskussion sollten Regierung und Parlament eine klare und eindeutige Botschaft verabschieden.

Zsfg.: AV

<https://kulturaliberalna.pl/2025/08/05/co-to-znaczy-pojsc-do-wojska/>



Quelle: dorzeczy.pl

“Ich werde nicht zulassen, dass Herr Nawrocki, sobald er als Präsident vereidigt ist, die Regierung politisch demoliert. Ich kenne die Verfassung auswendig, vor allem an den Stellen, an denen beschrieben wird, was dem Präsidenten und was der Regierung zusteht. Der Präsident, und das sage ich Herrn Nawrocki, damit er es wirklich zur Kenntnis nimmt, der Präsident ist in Polen der Repräsentant des polnischen Staates, so sagt es die Verfassung, und die Innen- und Außenpolitik wird vom Ministerrat geführt.”

Donald Tusk

Quelle: <https://dorzeczy.pl/opinie/760164/tusk-konstytucje-znam-na-pamiec-mowie-do-pana-nawrockiego.html>

MEDIENSPIEGEL – IN DER DEUTSCHSPRACHIGEN PRESSE ÜBER POLEN

polskieradio.pl

Kaczyński lobt Ankündigungen von Präsident Nawrocki

<https://www.polskieradio.pl/400/7764/Artykul/3561486.kaczynski-lobt-ank%C3%BCndigungen-von-pr%C3%A4sident-nawrocki>

zdfheute.de

Vom Hooligan zum Staatsmann - geht das?

<https://www.zdfheute.de/politik/ausland/polen-praesident-nawrocki-portrait-100.html>

deutschlandfunk.de

Polen schafft Deutschland-Beauftragten ab

<https://www.deutschlandfunk.de/polen-schafft-deutschland-beauftragten-ab-110.html>

tagesschau.de

Der nächste Blockade-Präsident für Polen?

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/polen-nawrocki-amtseinfuehrung-100.html>

de.euronews.com

Umfrage: Fast 50 % der Polen sind für den Rücktritt von Regierungschef Donald Tusk

<https://de.euronews.com/my-europe/2025/08/04/umfrage-fast-50-der-polen-sind-fur-den-rucktritt-von-regierungschef-donald-tusk>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik

Layout: Małgorzata Nierhaus